# AUF DEM WEG ZUM KLIMASOZIALSTAAT

## ANSÄTZE FÜR EINE VORAUSSCHAUENDE UND HANDLUNGSFÄHIGE SOZIALPOLITIK IN ZEITEN MULTIPLER KRISEN

2024 war das erste Jahr der Messgeschichte, in dem die globale Durchschnittstemperatur um mehr als 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau lag.[1] Gleichzeitig werden die weltweiten $CO_2$-Emissionen laut Prognosen im Jahr 2025 weiterhin steigen und neue Rekordwerte erreichen.[2] Darüber hinaus beschränken sich die ökologischen Krisen nicht nur auf das Klima – neueste Erkenntnisse zeigen, dass mittlerweile sieben von neun planetaren Grenzen überschritten worden sind.[3]

Auch in Österreich ist die Klimakrise bereits deutlich spürbar. Die Klimaerwärmung trifft Österreich stärker als den globalen Durchschnitt. Damit werden nicht nur die Sommer immer heißer und die Winter immer schneeärmer, sondern auch Extremwetterereignisse häufen sich, wie uns das Jahrhunderthochwasser im September 2024 einmal mehr deutlich gemacht hat. Gleichzeitig trägt Österreich – sieht man sich die nationalen Emissionen im internationalen Pro-Kopf-Vergleich an – weiterhin stark zur Eskalation der Klimakrise bei.[4]

Das bedeutet auch für den österreichischen Sozialstaat einen dringenden Handlungsbedarf – denn sowohl die Verursachung als auch die Folgen der Klimakrise sind sozial höchst ungleich verteilt. Mit zunehmenden ökologischen Krisen entstehen neue Risiken, die sozialpolitisch gerecht abgefedert werden müssen. Zum Teil könnte das durch das Weiterdenken bereits etablierter sozialpolitischer Instrumente erfolgen – beispielsweise im Bereich der Sozialversicherung, des Steuersystems oder des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Darüber hinaus braucht es aber auch ein institutionelles Umdenken und die stärkere Verknüpfung von Sozialpolitik mit anderen Politikbereichen, um mögliche Widersprüche aufzulösen und Synergien zu fördern.

Ein vorausschauender Klimasozialstaat soll die Folgen der Klimakrise nicht nur abfedern, sondern den sozialen und ökologischen Umbau für die Vielen aktiv fördern.[5] Angesichts der fortschreitenden Eskalation der Klimakrise wird abermals deutlich, dass bestehende klimapolitische Maßnahmen mit ihrem Fokus auf technologische Lösungen und Preissignale das Problem nicht lösen. Statt einem Weiter-wie-bisher ist daher ein tiefgreifender Umbau unseres Gesellschafts- und Wirtschaftssystems notwendig.

In Österreich hat die Integration der Politikfelder Sozial- und Klimapolitik bisher noch nicht systematisch stattgefunden. Mit der Einführung des Klimabonus wurde – wenn auch nicht besonders zielgerichtet – ein Versuch unternommen, den Anstieg der $CO_2$-Preise sozial auszugleichen. Im Jahr 2025 ist der Klimabonus jedoch den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung zum Opfer gefallen. Gleichzeitig sind regressive Politiken global und in Österreich auf dem Vormarsch – und gefährden damit zusehends den sozialen und ökologischen Umbau.

Diese und viele weitere Facetten des Themenkomplexes „Klimasozialstaat“ wurden in der Veranstaltungsreihe des Projekts SOZÖKNET-AK der Arbeiterkammer Wien und der Forschungs-

1 Siehe https://climate.copernicus.eu/global-climate-highlights-2024#:~:text=2024%20had%20a%20global%20average,exceed%201.5%20above%20that%20level.
2 Siehe https://globalcarbonbudget.org/.
3 Siehe https://www.planetaryhealthcheck.org/.
4 Siehe https://aar2.ccca.ac.at/de.
5 Siehe https://emedien.arbeiterkammer.at/viewer/image/AC17186626/.



Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 3–6

und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) diskutiert, die als Grundlage für den vorliegenden Sammelband diente. Die Auftaktveranstaltung mit dem Titel „Auf dem Weg zum Klimasozialstaat" am 14. März 2025 im Bildungszentrum der Arbeiterkammer Wien hatte zum Ziel, einen Überblick über das entstehende Politikfeld zu bieten, und kann hier auf der Website der Arbeiterkammer Wien nachgeschaut werden. Am 23. September 2025 fand eine weitere Veranstaltung zur Frage statt, was notwendig wäre, damit alle genug für ein gutes Leben innerhalb planetarer Grenzen haben, und welchen Beitrag eine bedingungslose Grundversorgung (Universal Basic Services) dazu leisten kann. Am 10. November 2025 folgte eine Veranstaltung zur Verbindung von Gesundheits- und Klimapolitik in der Arbeitswelt.

Ziel des vorliegenden Sammelbandes ist es, aufbauend auf der Veranstaltungsreihe aktuelle Diskussionen zum Klimasozialstaat zu sammeln, weiterzuführen und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dafür vereint die Publikation Beiträge von Autor:innen, die das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Der Anspruch des Bandes ist nicht, das Thema in seiner Vollständigkeit abzubilden – vielmehr soll der Sammelband als Fortsetzung, Ergänzung oder Vertiefung vergangener Publikationen und Debatten zu dem Thema verstanden werden.[6]

Die Beiträge im Sammelband sind grob in drei Kategorien gegliedert: **Überblicke** über sozialpolitische Funktionsmechanismen und den Veränderungsbedarf in Zeiten der Klimakrise, **Einblicke** in konkrete Handlungsfelder eines Klimasozialstaats und **Ausblicke** in eine Gesellschaft, in der ökologische und soziale Fragen von Grund auf gemeinsam gedacht werden. Wohlgemerkt handelt es sich dabei nicht um eine trennscharfe Gliederung, weil alle Beiträge in die Zukunft blicken und Handlungsoptionen beinhalten. Aufmerksame Leser:innen werden zudem an vielen Stellen Anknüpfungspunkte und implizite Querverweise zu anderen Beiträgen innerhalb des Sammelbandes erkennen.

Einig sind sich die Autor:innen jedenfalls darin, dass die Entwicklung des Sozialstaats in Richtung Klimasozialstaat eine herausfordernde, aber unumgängliche Aufgabe ist, die schnellstmöglich und ganzheitlich in Angriff genommen werden muss.

## ÜBERBLICKE

Frank *Nullmeier* und Katharina *Bohnenberger* befassen sich – komplementär zueinander – in ihren Beiträgen jeweils mit dem Handlungsbedarf des Sozialstaats in Zeiten der Klimakrise, diskutieren die Entstehung von neuen sozialen Risiken, formulieren Leitlinien bzw. Prinzipien eines Klimasozialstaats und diskutieren konkrete Reformvorschläge in Form einer Ökosozialversicherung bzw. einer europäischen Umweltrisikoversicherung.

Andrea *Egger* und Claudia *Liebeswar* bieten einen Überblick über sozialstaatliche Funktionsweisen und Handlungsfelder und diskutieren notwendige Veränderungen im Kontext der Klimakrise. Dabei betonen sie, dass ein Ökosozialstaat nicht nur kompensatorisch, investiv und präventiv, sondern auch transformativ wirken muss. Als beispielhaftes Handlungsfeld eines Ökosozialstaats diskutieren sie ökologische Arbeitsmarktpolitik.

6 Z. B. https://klimasozial.at/das-buch/ (abgerufen am 10.02.2026); https://research.wu.ac.at/de/publications/kapitel-18-sozialstaat-und-klimawandel/ (abgerufen am 10.02.2026); https://www.wifo.ac.at/publication/270937/ (abgerufen am 10.02.2026).

## EINBLICKE

Margit *Schratzenstaller* diskutiert in ihrem Beitrag die Finanzierung des Klimasozialstaats. Ausgehend von einer Kritik der bestehenden, nur eingeschränkt zukunftsfähigen Finanzierungsstrukturen des Sozialstaats, präsentiert sie Ansatzpunkte für eine sozial und ökologisch nachhaltige Reform des österreichischen Abgabensystems.

Andrea *Schmidt*, Felix *Durstmüller*, Katharina *Dinhof*, Marlene *Brettenhofer* und Katharina *Brugger* liefern empirische Befunde zu den Auswirkungen der Klimakrise auf die Arbeitsrealitäten in Gesundheitsberufen. Während die Beschäftigten mehrheitlich angeben, dass sie die Auswirkungen des Klimawandels bereits an ihrem Arbeitsplatz spüren, mangelt es an betrieblichen und institutionellen Anpassungsmaßnahmen. Um Resilienz zu fördern und die Arbeitsbedingungen im Gesundheitssektor von Grund auf neu und gerechter zu denken, schlagen die Autor:innen das Konzept der „transformativen Anpassung" vor.

Marie *Chahrour*, Hanna *Lichtenberger* und Jeremias *Staudinger* befassen sich in ihrem Beitrag mit den Auswirkungen der Klimakrise auf Armutsbetroffene und kritisieren dabei unter anderem deren Ausschluss aus (klima)politischen Entscheidungsprozessen. Um dem entgegenzuwirken, stellen sie armutssensible Kommunikations- und Beteiligungsformate vor, die Mitsprache und Partizipation von vulnerablen Gruppen in klimapolitischen Fragen ermöglichen.

Max *Schwarzenbacher* identifiziert in seinem Beitrag das Thema Ernährung als zentrales sozial- und klimapolitisches Handlungsfeld. Nach einer sozialwissenschaftlichen Betrachtung von Ernährung sowie einem Problemaufriss über die sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Problemlagen des aktuellen Ernährungsregimes schlägt er die Universalisierung der Gemeinschaftsverpflegung am Beispiel von leistbaren, gesunden und ökologischen „Kantinen für alle" als ernährungspolitische Säule eines Klimasozialstaats vor.

## AUSBLICKE

Willi *Haas* diskutiert die Notwendigkeit einer verstärkten Integration von Klima- und Sozialpolitik am Beispiel Gesundheit. Ausgehend von der Prognose zukünftig zunehmender gesundheitlicher Folgen der Klimakrise und einer systemtheoretischen Betrachtung von Gesundheit im Kontext von interagierenden persönlichen, politökonomischen und biophysischen Systemen, spricht er sich für einen vorsorgenden Klimasozialstaat aus, in dem Gesundheit in allen Politikfeldern mitgedacht wird. Durch das frühzeitige Zusammendenken von Gesundheits-, Klima-, Ernährungs- und Mobilitätspolitik kann eine Reihe sogenannter „Co-Benefits" entstehen und der Sozialstaat zudem wieder eine stärkere Handlungslegitimation erlangen.

Richard *Bärnthaler* thematisiert in seinem Beitrag die Krise des dominanten liberalen umweltpolitischen Paradigmas und plädiert für eine grundlegende Neuausrichtung im Sinne eines sozialökologischen und Suffizienz-orientierten Ansatzes. Das Zusammendenken der ökologischen und sozialen Frage durch den Fokus auf das „Genug" anstatt eines „Zuwenig" oder „Zuviel" erlaubt es, allen ein gutes Leben zu ermöglichen, ohne die ökologischen Krisen weiter zu befeuern.

Karoline *Kalke* und Margaret *Haderer* widmen sich dem Thema Suffizienz aus einer demokratietheoretischen Perspektive, anhand deren sie auf das Transformationsdilemma in liberalen Demokratien verweisen: Suffizienz-orientierte Ansätze sind demnach eine umweltpolitische Chan-

ce, werden aber auch oft als subjektive Zumutung erlebt, die regressive Reaktionen wie das Erstarken der äußeren Rechten hervorrufen kann. In ihrem Beitrag formulieren sie Vorschläge für die Auflösung dieses Paradoxons – allen voran Umverteilung von Einkommen und Vermögen, eine Grundsicherung und verstärkte Partizipation sowie Allianzbildung und Organizing.



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 26/2026: Seiten 3–6*